

Verliert die SVP einen Sitz?

Schmerzliche Verluste für die Rechten, Gewinne für die Umweltparteien: Das prognostizieren die Schweizer Medien für die eidgenössischen Wahlen im Herbst. Doch wie sieht die Situation im Kanton Bern aus?

von **Rebecca Holzer**

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2019. Kann die SVP im Berner Oberland wie bisher auf ihre loyale Wählerschaft zählen? Im Gespräch mit Politikwissenschaftler Marc Bühlmann zeigt sich, dass noch nichts in Stein gemeisselt – und bei voreiligen Schlüssen Vorsicht geboten ist.

Bei den Wahlen im Herbst steht dem Kanton Bern ein Nationalratssitz weniger zu. Welche Partei wird diesen verlieren?

Marc Bühlmann: Bei den letzten eidgenössischen Wahlen erhielten die SVP und die SP Restmandate, die in den Medien gerne «Wackelsitze» genannt werden. Im Verhältnis zu den Wähleranteilen leben die beiden Parteien gemeinsam mit der GLP, die auch dank Listenverbindungen zwei Sitze innehat, über ihren Verhältnissen. Aufgrund der Themenkonjunktur wird die GLP wohl eher keinen Sitz verlieren, besonders auch in Anbetracht dessen, dass Kathrin Bertschy für den Ständerat kandidiert, was dank hoher Medienpräsenz Zusatzstimmen bringt. Kontextuell müsste man eher davon ausgehen, dass die BDP unsicher unterwegs ist. Einerseits tritt Hans Grunder als Nationalrat zurück, andererseits wurde Heinz Siegenthaler 2015 nicht wiedergewählt, sondern ist nur nachgerückt.

Hat die BDP es verpasst, sich zu positionieren?

Neue Parteien haben es schwierig, wenn sie keine Themen für sich beanspruchen können. Die jüngsten Schweizer Parteien sind die GLP und die BDP. Die GLP entstand, weil es im Segment zwischen Liberalismus und grüner Politik nichts gab. Mit ihr bildete sich ein Angebot für wirtschaftsfreundliche Klimaschützer, wofür eine klare Nachfrage vorhanden ist. Auch die anderen Parteien bieten mögliche Lösungen zu «ihren» Themen: die SVP auf die Migrationsfrage, die SP in der Sozialpolitik, die FDP für die Wirtschaftspolitik, die Grünen in der Umweltpolitik. Die CVP bringt mit dem Stichwort Familienpolitik zwar keine zusätzlichen Wähler an die Urne, ist aber als Kompromisspartei sehr wichtig. Und die BDP? Sie entstand aus einem parteiinternen Streit, nicht aus Nachfrage – wenn man nett, gut und langweilig ist, ist es schwierig, sich als Partei zu verkaufen.

Als «Nette» bezeichnete die SVP jüngst Ihre politischen Gegner – dargestellt als Würmer. Viele sehen dies als Verzweiflungstat. Muss die Partei Angst vor den Wahlen haben?

Hier ist die Frage: Was läuft in den Medien und was ist tatsächlich relevant in der Bevölkerung? Es stimmt, dass in den Medien über den Klimawandel zurzeit häufig berichtet wird – und dazu brennt auch noch der Amazonas. Dementsprechend liest man, dass die Grünen wohl gewinnen und zulegen werden. Da muss ich als Politikwissenschaftler allerdings den Mahnfinger heben; was heisst das, die Grünen gewinnen? Man muss dies für die Kantone einzeln betrachten. Im Kanton Bern, der



Bei den Wahlen zulegen würden jene Parteien, die erfolgreich zusätzliche Wählerschaft mobilisieren können, so Marc Bühlmann.

Foto: Rebecca Holzer

ja einen Sitz verliert, haben es die Grünen – wie jede andere Partei – extrem schwer, ein Mandat dazuzugewinnen. Wir können davon ausgehen, dass jede Partei eine Basiswählerschaft hat. Im Berner Oberland wählt diese die SVP; die Partei ist im Dorf verankert. Sie vertritt konservative und bewahrende Werte, die in ländlichen Regionen hochgehalten werden. Diese Stammklientel der SVP, die etwa 20 Prozent ausmacht, wird kaum wegen des Klimawandels anfangen, Grün zu wählen. Ziemlich sicher bleiben sie der SVP treu, egal, was die Partei macht. Worauf es also tatsächlich ankommt, ist eine zusätzliche Wählerschaft zu mobilisieren.

Den Grünen spielt die Klimadebatte dafür natürlich in die Hände. Ich bin ABER skeptisch, ob die grüne Mobilisierung in jedem Kanton gelingen kann. Zwar ist das Thema sehr aktuell, aber wahrscheinlich vielerorts zu wenig mit kantonalen Anliegen verknüpft. Zudem könnte es sein, dass sich viele Leute schon zurücklehnen und denken, «es tut sich ja was»: Die Jungen machen etwas, sogar die FDP macht etwas, viele Kantone rufen den Klimanotstand aus. So sind unterschiedliche Szenarien denkbar: Gelingt die Mobilisierung nicht, gibt es wohl kaum Verschiebungen. Gelingt es den Grünen und der GLP, neue Wähler an die Urne zu bringen, wird dies wohl auf Kosten der Bürgerlichen gehen. Denkbar ist aber auch, dass es die SVP wieder schafft, die Unzufriedenen an die Urne zu locken. Denn nach wie vor liest man in den Kommentarspalten viele frustrierte Beiträge, zum Beispiel auch betreffend der Beziehungen mit der EU. DAS Wurmplakat ist in diesem Zusammenhang zu sehen: Damit mobilisiert die Partei die unzufriedenen Leute, heisst an und bringt sie an die Urne. Indem sich die jeweiligen Kandidaten dann vom Wurmplakat distanzieren, können sie sich inszenieren und ihre inhaltlichen Messages überbringen. Der Trick ist

||
Diese Stammklientel der SVP, die etwa 20 Prozent ausmacht, wird kaum wegen des Klimawandels anfangen, Grün zu wählen

Marc Bühlmann
Politikwissenschaftler



Nicht dieser Apfel, sondern ein von Würmern in Partei- und EU-Farben zerfressener gab kürzlich zu reden.

Foto: Keystone, Gian Ehrenzeller



Dass Adrian Amstutz nicht mehr antritt, werde wohl keinen grossen Einfluss auf die Wähleranteile der SVP haben, sagt Bühlmann.

Foto: Keystone, Patrick Hürlimann



Das Smiley auf dem Wahlkampfplakat der BDP könnte nach den Herbstwahlen die Gesichter ihrer Parteimitglieder widerspiegeln.

Foto: Rebecca Holzer

ural. Wenn er funktioniert, ist es wohl am ehesten die BDP, die sich um ihren Sitz fürchten muss.

Bei den letzten Wahlen konnte die SVP mit dem Fokus auf Migration und Ausländer Stimmen für sich gewinnen – Schwerpunkte, die zurzeit von den Medien nicht heiss gehandelt werden. Gehen ihr die Themen aus?

Es ist richtig, dass die zusätzliche Mobilisierung der SVP vor vier Jahren wohl auch aufgrund der Themenkonjunktur gelungen ist. Klar werden diese Sujets zurzeit von den Medien nicht stark bewirtschaftet; die Zahlen im Asylwesen sind rückgängig, die Situation nicht bedrohlich. Aber jenen Leuten, die Angst davor haben, ist das egal. Denn konservativ heisst auch, Angst vor dem Fremden zu haben und seine Sachen selber regeln zu wollen. Migration und EU sind darum für eine konservative Partei per se wichtige Schwerpunkte: Die SVP wird wohl noch lange mit dem Thema «wir gegen alle anderen» antreten können.

Adrian Amstutz ist der bestgewählte Nationalrat im Kanton Bern. Mit ihm verliert die SVP ein Zugpferd: Was bedeutet dies für eine Partei?

Adrian Amstutz war ein Aushängeschild – Parteien haben immer Schwierigkeiten, wenn Politikerinnen zurücktreten. Wähler im Berner Oberland legen die SVP-Liste allerdings mehr oder weniger unverändert ein. Das heisst, es sind weniger Personen und mehr die Partei selber, die Stimmen erhält. Entscheidend wird dann der Listenplatz sein. Traditionell nehmen bereits amtierende Nationalräte die obersten Listenplätze ein; wer darauf folgt und einigermaßen bekannt ist, hat gute Chancen, Amstutz zu ersetzen.

Würde sich ein Linksgrüner Sitzgewinn im Parlament in der nächsten Legislatur merklich abzeichnen?

Wir haben sieben Parteien im Parlament, die etwas zu sagen haben. In der Regel sind dabei die

vier Traditionellen, also SVP, SP, FDP und Grüne, entscheidend. Wenn man die vergangenen Beschlussfassungen im Parlament anschaut, haben bei 80 Prozent der Entscheidungen mindestens drei dieser grossen Parteien einen Konsens gefunden. Die Leute, die nach dem sogenannten Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 meinten, dass die SVP und FDP einfach durchregieren, haben die Politik falsch verstanden. Den die beiden Parteien haben vielleicht hinsichtlich Finanzpolitik ähnliche Positionen. Bei Öffnung und Sozialpolitik haben sie aber das Heu nicht auf der gleichen Bühne. Da bilden sich andere Koalitionen – zum Glück. Nehmen wir an, es gebe diese Zunahme von Linksgrün. Dann hätten es vielleicht soziale und Umweltthemen in diesen 80 Prozent etwas einfacher, aber es wird nach wie vor ganz unterschiedliche Koalitionen geben. Veränderungen stellen sich ein, sie wären aber lediglich sehr fein und würden – wie schon vor vier Jahren – sicher nicht die Dramatik erreichen, wie sie von vielen Parteien und Medien herbeigeschrieben wird.

Nun hat auch die FDP das Thema Klima aufgenommen. Damit befürworten drei der vier grossen Parteien unter anderem Umweltabgaben. Wird sich dies in der nächsten Legislatur abzeichnen?

Dass man in der Klimadiskussion einen Wandel in Parteien und Gesellschaft feststellt, wird sich politisch auswirken. Wenn die Klimapolitik in die Konsens-Mehrheit rutscht, ist das dem Erfolg der Grünen und vor allem aber dem gesellschaftlichen Wandel geschuldet. Das Beispiel der FDP zeigt sehr schön auf, dass die Parteien ein feines Sensorium für den Wandel in der Gesellschaft haben. Natürlich ist es für die FDP auch Wahlwerbung: Sie zeigt, dass sie sich ändern und etwas lernen kann. Doch diese Anpassungen gehören zum Spiel einer repräsentativen Demokratie. Zum Glück ist das so – denn wenn die Leute das Gefühl haben, man kümmere sich nicht um sie, gehen sie entweder und nehmen den Wandel nicht wahr, gehen sie entweder auf die Strasse oder wählen eine Protestpartei, wie etwa in Frankreich, Italien oder jüngst in Deutschland. Dass dies bei uns nicht passiert, kann auch als Zeichen dafür gelesen werden, dass die repräsentative Demokratie in der Schweiz gut funktioniert und sich gesellschaftliche Veränderungen zwar langsam aber immer auch im Parlament widerspiegeln.

Nr. 176304, online seit: 4. September – 07.06 Uhr

Zur Person

Marc Bühlmann ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern und Direktor von Année Politique Suisse. Er publizierte zahlreiche Texte in den Forschungsschwerpunkten Demokratietheorie und Demokratiemessung, Methoden, politische Soziologie, Sozialkapital, vergleichende Politik, Schweizer Politik und direkte Demokratie.